Nummer 109

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 75. Jahrgang. Donnerstag, 6. März 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten | Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Polit. Teil: Dr. Richard Jägler. Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen. Lokales und Sport: Herbert Rentner. Inseratenteil: i. V.: H. Lotze, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Akt.-Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2460 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1930 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 27 schwedische Kronen, Norwegen 28 norwegische Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Ein unzulängliches Programm.

Einigung im Kabinett, aber noch keine Einigung der Parteien.

Das gestern im Reichskabinett zustandegekommene Kompromiß in der Etatsdeckungsfrage hat zwar die Gefahr eines Zusammenbruches, die der Regierungskoalition bis in die letzte Kabinettssitzung hinein drohte, erheblich vermindert, aber noch keineswegs beseitigt. Noch handelt es sich nur um eine Einigung innerhalb des Kabinetts und nicht innerhalb der Parteien. Ob deren Entscheidung so rasch zu erlangen sein wird, steht sehr dahin. Gestern abend haben sich zwar die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokraten bereits mit den Vorschlägen des Kabinetts beschäftigt, aber keine Beschlüsse gefaßt. Die Sozialdemokraten verbreiten sogar eine parteioffiziöse Erklärung, wonach die Fraktion „starke Bedenken" gegen verschiedene Punkte des Programms hege und sich ihre endgültige Stellungnahme bis zu dem Zeitpunkt vorbehalte, in dem ihr die einzelnen Entwürfe vorliegen. Tatsächlich dürften in der Sozialdemokratie noch recht bedeutende Widerstände gegen das Programm bestehen. Widerstände, die sich vor allem gegen die für 1931 geplanten Steuersenkungen, die Beseitigung der Lohnsteuerrückerstattung, die Mineralwassersteuer und gegen die Regelung der Arbeitslosenversicherung richten. Das Einkommensteuer-Notopfer spukt immer noch! Teile der sozialdemokratischen Fraktion scheinen an dieser im Kabinett abgelehnten Forderung festhalten zu wollen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei tritt erst heute wieder zusammen. Angesichts der allgemeinpolitischen, aber namentlich auch wirtschaftspolitischen Unzulänglichkeit, Anfechtbarkeit, ja Gefährlichkeit des Kabinetts-Kompromisses (wovon weiter unten noch eingehend die Rede sein wird) kann man sich eine Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu den Regierungsbeschlüssen nur schwer vorstellen. Zudem dürfte der Deutschen Volkspartei recht sein, was den Sozialdemokraten billig erscheint. Wenn die Sozialdemokratie es auf neue Verhandlungen wegen einer Abänderung des Kabinettsprogramms anlegt und sich im übrigen mit einer Stellungnahme keineswegs beeilt, so kann das nur ein Grund mehr für die Deutsche Volkspartei sein, das gleiche Recht für sich in Anspruch zu nehmen.

Natürlich muß es unter diesen Umständen fraglich erscheinen, ob es der Regierung gelingt, eine Entscheidung der Parteien noch vor der Verabschiedung des Youngplans herbeizuführen. Offiziell stellt sich das Kabinett allerdings auf den Standpunkt, daß es mit den Parteien nicht mehr verhandeln, sondern nur dafür sorgen wolle, daß das Programm den üblichen parlamentarischen Instanzenweg vom Reichsrat, dem es bereits zugeleitet ist, zum Reichstag, vom Reichstagsplenum in die Ausschüsse und wieder zurück ans Plenum) möglichst rasch durchläuft und bis spätestens 24. März verabschiedet ist. Inoffiziell und hinter den Kulissen aber wird das Kabinett natürlich in der gewohnten Weise auch auf die Parteien drücken. Noch stärker dürfte sich in dieser Richtung das Zentrum betätigen, von dem es schon gestern abend im Reichstag hieß, es werde sich mit dem Kabinettsbeschluß nicht begnügen, sondern von sich aus Verhandlungen mit den anderen Koalitionsparteien einleiten, um diese noch vor der Verabschiedung des Youngplans auf das Regierungsprogramm bindend festzulegen. Man wird also mit neuen, nicht gerade leichten Auseinandersetzungen und damit auch mit neuen Konfliktsmöglichkeiten rechnen müssen. Der Kampf im Kabinett ist vorläufig vorüber, das Ringen in der Koalition geht weiter. Alle Krisenklippen sind noch nicht umschifft.

Absage der Sozialdemokratie?

Der „Sozialdemokratische Pressedienst", das parteioffiziöse Organ der Sozialdemokratie, unterzieht das Deckungsprogramm der Regierung einer überaus abfälligen Kritik. Es gesteht lediglich dem sozialdemokratischen Arbeitsminister einen „beachtlichen Erfolg" in der Verteidigung der Arbeitslosenversicherung zu. Im übrigen aber wird erklärt:

„Völlig unbefriedigend ist die Regelung der Steuerfragen. Lediglich ein Teil der Reserve der Bank für Industrieobligationen wird für allgemeine Finanzzwecke herangezogen. Dafür aber wird jede direkte Belastung der Besitzenden durch Zuschläge zur Einkommensteuer oder etwas ähnliches unterbleiben. Die Steuererhöhungen sind lediglich Erhöhungen von Verbrauchssteuern, von denen der größte Teil den Konsum der Massen trifft und zur Verteuerung der Lebenshaltung führen wird. Die völlige Beseitigung der Lohnsteuererstattungen ist ein krasses Ausnahmegesetz gegen die Lohnsteuerpflichtigen und wirkt sich als eine Sondersteuer der Arbeitslosen aus. Den stärksten Widerstand aber dürften die Vorschläge der Reichsregierung über die künftige Ausgabenbeschränkung und Steuersenkung finden.

Der Gedanke, bei den Ausgaben des Jahres 1931 600 Millionen zu ersparen und zur Steuersenkung zu verwenden, ist finanzpolitisch im höchsten Maße leichtfertig. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bisher keine Stellung zu den Einzelvorschlägen genommen, geschweige denn eine Zustimmung ausgesprochen. Sie wartet ab, bis die Gesetzesvorlagen dem Reichstage zugehen und eine sachliche Stellung möglich ist. Daß die Vorlagen bei ihr in ihrer jetzigen Gestalt auf überaus starke Bedenken stoßen und die Zustimmung zu einzelnen Vorschlägen kaum in Frage kommt, steht bereits fest."

*

Der Inhalt des Programms.

Im allgemeinen bewegt sich das gestern vom Kabinett verabschiedete Etatdeckungsprogramm auf der Linie jener größtenteils bekannten Vorschläge, die Dr. Moldenhauer bereits vor acht Tagen dem Kabinett hat zugehen lassen. So enthält das Programm zunächst

folgende Steuererhöhungen für 1930:

a) eine Erhöhung der Biersteuer um 75 v. H. statt der ursprünglich im Hilfsdringlichen Plan vorgesehenen 50 v. H., um den höheren Betrag den Ländern zur Verfügung zu stellen. Die Erhöhung der Biersteuer soll 240 Millionen Mark erbringen, von denen 150 Millionen dem Reich und 90 Millionen den Ländern zugute kommen werden.

b) eine Erhöhung der Zölle auf Benzin um vier Pfennig auf zehn Pfennig für das Liter und die Einführung eines Benzolzolles von zehn Pfennig für das Liter, während Benzol bisher bekanntlich zollfrei eingeführt wurde. Benzin- und Benzolzölle sollen 65 Millionen erbringen, von denen 25 Millionen an die Länder gehen sollen. Als Entschädigung für die neue Belastung der Automobilindustrie soll eine Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer um zehn Millionen erfolgen.

c) Sodann ist bereits eine Erhöhung der Kaffee- und Teezölle erfolgt, die 35 bzw. 45 Millionen Mark erbringen sollen.

d) wird die Mineralwassersteuer wieder eingeführt, die 40 Millionen erbringen soll. Diese Steuer soll hauptsächlich den Kommunen für soziale Zwecke zugute kommen.

e) wird die Industriebelastung nach dem Dawesplan beibehalten. Diese Steuer wurde bisher in einer Höhe von 300 Millionen Mark erhoben. Für das Jahr 1930 sollen 50 Millionen aus dem Reservefonds bei der Bank für Industrieobligationen in Anrechnung kommen, so daß nur 250 Millionen eingezahlt zu werden brauchten. Statistisch wird nunmehr im Verfolg der Neuregelung der Deckung des Fehlbetrages bei der Arbeitslosenversicherung ein Zuschlag von 50 Millionen hier erhoben werden. Jedoch werden künftig 70 Millionen aus dem Reservefonds bei der Bank für Industrieobligationen angerechnet, so daß tatsächlich aus der Industriebelastung 280 Millionen erhoben werden. 50 Millionen werden aus dem Reservefonds der Bank für Industrieobligationen entnommen, die als „Notstock" der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung überwiesen werden.

f) Etwa 30 Millionen sollen durch Verkürzung der Vorauszahlungsfristen usw. hereinkommen.

Die neuen Steuern sollen insgesamt 475 Millionen mehr bringen, von denen 300 Millionen dem Reich und etwa 170 Millionen den Ländern zugute kommen sollen, so daß damit das Defizit im Reichshaushalt gedeckt wäre.

Zur Abdeckung des 250-Millionen-Defizits der Arbeitslosenversicherung

sieht das Programm folgende Maßnahmen vor:

1. Die Veräußerung von 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien.
2. Die schon unter e) erwähnte Herauspressung von weiteren 50 Millionen aus der Industriebelastung.
3. Eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ½ Prozent, die 50 Millionen erbringen soll.

Schließlich eine Reihe von

Maßnahmen für das Etatsjahr 1931,

und zwar

1. soll der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, in Zusammenarbeit mit dem Reichssparkommissar ein Gesetz zur Senkung der Ausgaben bei Reich, Ländern und Gemeinden auszuarbeiten,

2. ist ein Kabinettsbeschluß gefaßt worden, der durch den Reichstag bestätigt werden soll, daß die Ausgaben im Haushalt für 1931 bzw. die Steuern gegenüber dem Haushalt 1930 um 600 Millionen zu senken sind.

3. ist dem Reichsrat der Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Einkommensteuer ab 1. April 1931 zugeleitet worden, der dem ursprünglichen Hilfsdringlichen Entwurf entspricht, das heißt die Steuern werden durchschnittlich um 12½ Prozent gesenkt. Die einkommensteuerfreie Grenze wird um 220 Mark auf 1440 Mark heraufgesetzt. Diese Maßnahme soll Steuersenkungen in Höhe von 350 Millionen Mark erbringen.

4. ist ein Gesetzentwurf dem Reichsrat zugeleitet worden, der die bisherige Möglichkeit einer Zurückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuern aufhebt und statt dessen bestimmt, daß der Rauschbetrag aus dieser bisherigen gesetzlichen Regelung in dieser Frage, in Höhe von 60 Millionen Mark, der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung als Reservefonds überwiesen werden soll.

*

Wirtschaftlich ist zu dem allerneuesten Programm (dem wievielten innerhalb von vier Wochen?) der Reichsregierung zu sagen, daß sich die schlimmsten Befürchtungen so ziemlich bestätigen, daß nämlich **alle Lasten für die Wirtschaft bleiben, während die Entlastungen auf die spätere Zukunft verschoben werden,** d. h. man versucht mit allerdings reichlich notdürftigen Mitteln, eine Art Fata Morgana hervorzuzaubern, die die Wirtschaft über die Härten der Vorlagen hinwegtrösten soll. Denn mehr als eine Fata Morgana ist das projektierte Gebäude Senkungsgesetz nicht. Obwohl wir schon in dem zwölfjährigen Bestehen der Republik eine ganze Reihe von Finanzministern gehabt haben, die nicht gerade schüchtern waren, gibt es doch wohl in dieser Zeit keinen Präzedenzfall, daß sich ein Finanzminister oder gar ein Reichskabinett darauf festgelegt hat, was nach einem Jahre geschehen soll. Wer gibt denn der Wirtschaft, die am Ende ihrer Kraft steht, die Gewähr, daß am 1. April 1931 dieses Kabinett noch am Ruder ist, ja selbst, daß der heutige Reichstag zu diesem Zeitpunkt noch beisammen ist. Das eben erscheint uns gewissermaßen als eine tragische Schuld des Reichsfinanzministers, daß er, der mit der Wirtschaft bisher in enger Berührung stand, sich von den linken Flügelparteien der Koalition immer mehr in das sozialistische oder pseudosozialistische Fahrwasser hat abdrängen lassen. Jedenfalls können wir das ganze projektierte Ausgabensenkungsgesetz per 1. April 1931 lediglich als eine reservatio mentalis ansehen. Das, was die deutsche Wirtschaft braucht, sind Taten und keine Versprechungen, mit denen der sozialdemokratische Vor-

Die neuen Pläne zur Hebung der Getreidepreise.

Verhandlungen der „Grünen Front" mit dem Ernährungsministerium.

Ueber die von uns in der gestrigen Abendzeitung erwähnten Verhandlungen zwischen Reichsernährungsministerium und landwirtschaftlichen Sachverständigen wird bedauerlicherweise nur eine völlig nichtssagende Erklärung herausgegeben, die jede Stellungnahme zu den gestern näher erörterten Plänen im einzelnen vermeidet. WTB meldet lediglich folgendes:

In Fortsetzung der Besprechungen, die vor einiger Zeit zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einerseits und der „Grünen Front" andererseits stattfanden, wurde am 5. März im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausführlich über die Lage verhandelt, die durch den ungeheuren Preissturz für zahlreiche landwirtschaftliche Erzeugnisse am Weltmarkte eingetreten ist. Die Hauptsorge bildet nach wie vor das Roggenproblem. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, wie dieses Problem durch Ausräumung aller derjenigen Momente, welche den Roggenpreis ungünstig beeinflussen, gelöst werden soll. Im übrigen wurde die immer noch wachsende Notlage der landwirtschaftlichen Produktion in ihrem ganzen Umfange erörtert. Eine Reihe von positiven Vorschlägen soll als Grundlage für die ferneren Verhandlungen dienen, die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit allem Nachdruck gefördert werden. Maßnahmen, die den Handel ausschalten, wird man dabei vermeiden.

Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder und Gemeinden.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem gemeinsamen Runderlaß des Ministers des Innern und des Finanzministers entnimmt, ist die Geltungsdauer der Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände bis zum 30. April 1930 und, falls bis zu diesem Tage der Reichsetat 1930 nicht verabschiedet ist, bis zum 31. Mai 1930 verlängert worden.

Vertrauensvotum für Tardieu

TU **Paris, 5. März.**

Der Antrag der Linksradikalen, der der Regierung Tardieu das Vertrauen aussprecht, wurde am Schluß der Kammerdebatte mit 316 gegen 263 Stimmen angenommen.

(Sitzungsbericht Seite 2.)

FÜR DIE AUGEN -RODENSTOCK

Zeiss-Punktal-Gläser
Rodenstock-Perfa-Gläser · punktuell abbildend

RM. 3.50 p. Stück

Wir fertigen genau angepaßte, korrekt sitzende Brillen für jeden Zweck
die unauffällige randlose Brille für Gesellschaft und Straße RM. 5.50 7.50 10.50 15.–
die bequem sitzende großscheibige Brille zum Arbeiten und Lesen RM. 4.50 6.50 10.— 20.–
die fest sitzende Sportbrille RM. 8.50
NEUHEIT: Weißgold-Double von RM. 17.50 an
Weißgold von RM. 55.–
Lassen Sie Ihre Augen in einem unserer Fachgeschäfte prüfen oder bringen Sie uns das Rezept Ihres Augenarztes.

Fachanstalten für Augengläser seit 1883
Leipziger Straße 101-102
Friedrichstraße 59-60
Joachimsthaler Straße 44
Grunewaldstraße 56
Rosenthaler Straße 45
Neanderstraße 23